

Wie Europa seine Souveränität verloren hat

Eine Bestandsaufnahme 2020

Autor: Walter PFLUGER, <https://www.wpfluger-holistics.de/>

Datum: Januar 2020

Mit diesem Essay wollen wir uns nicht einreihen in die Reihe der deutschen Historiker, die spätestens seit der Gründung der Bundesrepublik Deutschland eine stets unterwürfige, demütige Haltung gegenüber Frankreich einnehmen. Auf der anderen Seite stehen wir auch keinesfalls auf der Seite derer die in Frankreich den „Erbfeind“ sehen wollen.

Es ist höchste Zeit, zu einem abgeklärten Verhältnis zu Frankreich zu kommen, damit langfristig eine gesunde Beziehung aufgebaut werden kann, in der die Deutschen endlich ihren Komplex der „Erbschuld“, der durch Ausschwitz endgültig zu einem kollektiven deutschen Trauma geworden ist, als kollektiven Schatten ansehen, um damit auf abgeklärte und distanzierte Weise umzugehen.

Frankreich ist ein Land wie jedes andere, und dennoch hat es für uns eine Sonderstellung, nicht nur als Nachbar. Wie diese besondere Beziehung zu Deutschland sich aktuell gestaltet, von welchen Interessen sie gesteuert wird, und welche besondere Rolle dabei die EU als Gestaltungsrahmen spielt, diesen Themen wollen wir uns hier wenigstens kurz zuwenden, um sie in einen deutungsvollen Zusammenhang bringen.

Einleitung

Es ist hier nicht unsere Absicht, eine Studie zur Integration der EU vorzulegen, sondern wir wollen in dem einleitenden Teil und an kritischen Punkten und Ereignissen aufzeigen, wie sich das Verhältnis zwischen Frankreich und Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg und seit der Wiedervereinigung, mit der EU als dem entscheidenden Gestaltungsrahmen, entwickelt hat.

Wichtig ist für uns dabei, einen gesamteuropäischen Blick einzunehmen, also am Ende zu sehen, wie sich Europa als Ganzes geopolitisch entwickelt hat, und welches Szenario sich uns heute bietet. Unser Augenmerk ist dabei gleichzeitig auf die Rolle der USA, als dem entscheidenden Mitgestalter und Mentor der EU und als kritischem Einflussfaktor in der Geschichte seiner Entstehung und Gestaltung gerichtet.

Brüder unter Waffen 2019 – der mediale Warnschuss

Den Anlass für diesen Essay hat uns ein Artikel in der FAZ zum französischen Nationalfeiertag am 14. Juli 2019, gegeben. In diesem Artikel lobte die FAZ-Korrespondentin in Frankreich die neue „Brüderschaft unter Waffen“ und unterstrich diese Bedeutung mit einem Bild, das französische und deutsche Soldaten gemeinsam bei der Parade auf den Champs Elysées defilierend zeigt. Bei der Einschätzung dieses Ereignisses

als dem bedeutendsten Symbol der deutsch-französischen Freundschaft in unserer Zeit, waren wir unmittelbar schockiert. Der enthusiastische deutsche Kommentar zu dem Bild hat uns an die öffentliche Stimmung erinnert, wie sie zur Zeit der „Schlafwandler“ vor dem ersten Weltkrieg in jedem der beiden Länder von der Politik aufgebaut worden war. „Brüder zu den Waffen!“, hiess es damals in beiden Ländern.¹ Da ist der Titel „Brüder unter Waffen!“ nur minimal nuancierter.

Wenn man uns ein Bild gezeigt hätte, wie deutsche und französische, und auch andere Bürger Europas am 14. Juli auf den Champs Elysee gemeinsam gefeiert hätten, dann hätte uns das glücklich stimmen können, als Zeichen der Völkerverständigung und Freundschaft. So aber kam dieser Aufmacher in der FAZ eher einem medialen Warnschuss gleich.

Wir wollen also dieses Bild und den Kommentar in der FAZ als Anlass nehmen, um uns zu fragen, wie das Verhältnis zwischen Frankreich und Deutschland heute ist und in welche Richtung es sich über die letzten Jahrzehnte entwickelt hat. Dabei sehen wir die EU als eine Art von übergeordnetem, politischen Gestaltungsrahmen.

Die Gründerjahre der EU: Zentralstaat oder Gemeinschaft der Vaterländer?

Seit den ersten Schritten zur Gründung der EU in den frühen 50er Jahren, über die Montanunion zu den Römischen Verträgen die 1957 von den sechs Gründerstaaten unterzeichnet worden sind, um die EWG zu gründen, waren sich die europäischen Staaten grundsätzlich einig, Lehren aus den kriegerischen Zeiten der Vergangenheit zu ziehen, um die Zukunft im Rahmen einer friedlich zusammenarbeitenden und -lebenden europäischen Gemeinschaft zu gestalten. Hinter diesen Prozess der europäischen Einigung stellten sich neben den europäischen Siegermächten Frankreich und England auch die USA von Anfang an mit Nachdruck.

Bemerkenswert ist jedoch, dass sich schon zu Beginn zwei grundsätzlich unterschiedliche politische Tendenzen bemerkbar machten. Frankreich, das ein historische gewachsener Zentralstaat ist, unterstützt von den USA, die das Modell ihres eigenen Bundesstaates zum Vorbild nahmen, strebten in den ersten Jahren der europäischen Einigung zur Bildung eines europäischen Zentral- und Einheitsstaates hin, eines Bundesstaates nach amerikanischem Vorbild.²

Dahingegen gründeten die Schweiz, England, Norwegen, Schweden, Österreich, Portugal und Dänemark im Jahre 1960 den Freihandelsverband EFTA der sich von Anfang an explizit und im wesentlichen auf die Freiheit des Handels und Warenverkehrs beschränkte, dabei aber den einzelnen Ländern als unabhängigen Nationen die politische Gestaltungskraft überliessen.

Es war also ein offensichtlicher Gegensatz erkennbar, einmal zwischen dem Modell eines europäischen Zentral- und Einheitsstaates im Sinne der heutigen EU und zum anderen dem

¹ Gleichzeitig hat Frankreich durch seine Banken auch noch die Aufrüstung Russlands und Serbiens finanziert, um damit den zwei-Fronten Krieg gezielt vorzubereiten. s. h. „Die Schlafwandler: Wie Europa in den ersten Weltkrieg zog“, Christopher Clark, DVA, 2013.

² Wir wollen an dieser Stelle nur ein Buch von Frederic Bozo nennen, das diesen Sachverhalt behandelt, „Deux stratégies pour l'Europe“, Paris, 1996.

Modell eines föderalistischen Staatenbundes, wie es heute noch von der EFTA umgesetzt wird.

Konkret zeigte sich in diesem historischen europäischen Integrationsprozess dann schon sehr früh, dass die USA in Europa ganz konkrete Ziele verfolgten. So kam es auf Druck der USA und durch das Geschick ihres europäischen Lobbyisten, Jean Monnet, schon bald zu einer Einschränkung der Wirkkraft der EFTA. Die EFTA Gründerstaaten England, Österreich, Dänemark und Schweden sahen sich schon bald unter Druck der USA gezwungen, in das Lager der EWG und der späteren EU umzuschwenken.³ Die USA wollten auf diese Weise ihre Wirtschafts- und Handelsbeziehungen mit der EU einheitlich und, das heisst in ihren Augen, effizienter gestalten. Noch wichtiger aber war, dass die USA die **EU schon von Anfang an als einen integralen Bestandteil der NATO gesehen haben. Die wirtschaftlichen und die militärischen Einflusszonen sollten kohärent zentralistisch gestaltet sein.**⁴

Diesem zentralistischen Ansatz der EU, von den USA gefordert und von Jean Monnet auf der politischen Ebene geschickt befördert, widersetzte sich in Frankreich schon bald der General de Gaulle, der 1958 der erste Präsident unter der Fünften Republik geworden war. De Gaulle, der als Präsident Frankreichs den Krieg in Algerien beendete und auch sukzessive den anderen französischen Kolonien die Unabhängigkeit gewährte, war überzeugt von der Notwendigkeit, den historisch gewachsenen kulturellen, sozialen und politischen Zusammenhalt in den einzelnen europäischen Ländern zu einer Grundlage für die europäische Einigung zu machen. Nur über eine gesunde nationale und kulturelle Identität der Nationen in Europa, konnte nach seinem Verständnis, ein frei gewollter Zusammenschluss der europäischen Staaten langfristig funktionieren.

Der General de Gaulle war also ohne Zweifel ein überzeugter Europäer und betrieb auch die Aussöhnung mit der neu gebildeten Bundesrepublik Deutschland mit Nachdruck. Im Jahre 1963 unterzeichneten de Gaulle und Adenauer in Paris den Elysee-Vertrag, den deutsch-französischen Freundschaftsvertrag, mit dem die Beziehungen beider Länder seitdem auf regelmässige Konsultationen und Massnahmen zur gegenseitigen Vertrauensbildung und Zusammenarbeit gebaut wurden. Gleichzeitig wollte de Gaulle durch diesen Akt auch die nationale Souveränität Deutschlands anerkennen und ihr besonderen Nachdruck verleihen. Nur souveräne Nationen konnten, in den Augen de Gaulles, souveräne politische und wirtschaftliche Partner sein.

In diesem Sinne änderte Frankreich auch schon bald seine Politik in bezug auf die Nato. Die USA hatten von Anfang an den französischen Vorschlag einer europäischen Armee unter französischer Führung und Einbeziehung Deutschlands abgelehnt. Nachdem es Frankreich

³ Sicher müssen wir den Brexit des Jahres 2020 in diesem Zusammenhang sehen. England will sich auf Dauer nicht in einen zentralistischen Staatenbund eingliedern, um dort seine Souveränität aufzugeben.

⁴ An dieser Stelle sollten wir nicht vergessen, dass die europäischen Staaten, insbesondere die Siegermächte England und Frankreich, aber auch Italien, von den USA stark abhängig waren und in den ersten Jahrzehnten noch Kredite zurückbezahlen mussten, die sie in den Kriegsjahren aufgenommen hatten, um den Kampf gegen das NS-Regime zu führen.

Für Deutschland wurde der Marshallplan aufgelegt, der sehr rasch und erfolgreich die Wirtschaftsbeziehungen zwischen Deutschland und den USA verstärkten und schon früh zu einer engen Verzahnung der beiden Volkswirtschaften führte, mit Deutschland als dem Juniorpartner.

gelingen war seit 1960 seine Atomstreitkraft, *Force de frappe*, zügig aufzubauen, und insbesondere nach der Wiederwahl von de Gaulle im Jahre 1965, verstärkte Frankreich seine Bemühungen zur Bildung einer von den USA unabhängigen Verteidigungspolitik. Frankreich wollte die Nato weiterhin aktiv gestalten, aber mit einem selbständigen europäischen Verteidigungsbündnis, als Teil der Nato. Die Nato sollte in Europa unter europäische Führung gebracht, und die amerikanischen und kanadischen Truppen europäischem Kommando unterstellt werden. Dieses Ansinnen lehnten die USA kategorisch ab, woraufhin de Gaulle den Abzug der alliierten Truppen und des Nato-Hauptquartiers aus Frankreich forderte. Diese Haltung begründete de Gaulle spätestens seit 1966 mit einer klaren Einschätzung, indem er verkündete „Frankreich strebe jetzt die volle Ausübung seiner Souveränität an, die durch die Stationierung fremder Streitkräfte auf seinem Boden nicht gewährleistet“ sein könne.⁵ Gleichzeitig erklärte de Gaulle den Rückzug der französischen Truppen aus der Nato, wo sie amerikanischem Kommando unterstellt waren. Die 30.000 Nato-Soldaten mussten Frankreich verlassen, die verschiedenen Militärquartiere und Kommandozentralen wurden nach Belgien, in die Niederlande und nach Deutschland verlegt.

Die komplementäre Ausgangslage: bedingungslose West-Orientierung Deutschlands und der Anspruch Frankreichs auf eine Führungsrolle in Europa

Wie wir gesehen haben, gab es also für die EU zwei grundsätzlich unterschiedliche Vorstellungen und Visionen über die politische Gestaltung. Die erste, und primär betriebene Vorstellung, wurde dabei von den Amerikanern favorisiert und in der Person von Jean Monnet⁶ innerhalb der Machstrukturen in Europa gefördert. Dieses Konzept für die EU arbeitete auf einen Bundesstaat, als zentralistischem Einheitsstaat zu, in dem die einzelnen Nationen schrittweise ihre Macht und nationalen Befugnisse an die EU und in deren Verantwortung übertragen würden. Die zweite Vision ist eng mit der Person des General de Gaulle verbunden, der diese Position in Europa und die damit zusammenhängenden politischen Vorstellungen mit Nachdruck vertreten hat. Diese Vorstellung geht von einer starken Position der souveränen Staaten aus und strebt nach einem Staatenbund der „Vaterländer“. Entsprechend diesem Modell sollten sich die Nationen auf gemeinsame Ziele einigen, wie beispielsweise die Schaffung eines gemeinsamen Marktes und einer gemeinsamen Verteidigung. Die Grundlage der Zusammenarbeit sollten dabei jedoch stets die einzelnen souveränen Staaten bilden.

⁵ Dazu lesen wir im Spiegel, 14.03.1966, „Frankreich – US-Basen – Boden, Himmel, See - Im Jahre 1944 kamen die Amerikaner, de Gaulles Frankreich zu befreien. 1966 will de Gaulle Frankreich von den Amerikanern befreien.“

⁶ Wir verweisen hier auf die ausgezeichnete Analyse von Werner Wüthrich, der sich in dem Schweizer Magazin «Zeit-Fragen» von 2011 bis 2012 ausführlich mit dem Thema «Europäische Integration» auseinandergesetzt hat. Dort stellt er auch die «Methode Monnet» vor, als Schlüssel zum Verständnis der Euro-Krise. In weiteren Artikeln zeigt er im geschichtlichen Kontext die zwei grundsätzlich verschiedenen Ansätze, die Länder Europas zu organisieren – das Konzept der europäischen Gemeinschaft und das der EFTA, der europäischen Freihandelsassoziation. Dabei arbeitet er sehr gut auch die zugrundeliegenden staatspolitischen Grundsätze dieser beiden Konzepte heraus, von denen das eine eher zentralistisch und das andere föderalistisch ausgerichtet ist.

Wir wollen uns nachfolgend kurz anschauen, wie sich die EU tatsächlich entwickelt hat und welchen Weg der Entwicklung die EU konkret gegangen ist. Dabei wollen wir uns bei dieser skizzenhaften Betrachtung auf die beiden Staaten beschränken, die für beide EU-Modelle als entscheidend angesehen wurden, also Frankreich und Deutschland. Dabei werden wir selbstverständlich immer die Rolle und den Einfluss der USA über die Nato, aber auch durch ihre dominante wirtschaftliche Macht, im Auge behalten. Am Ende dieses analytischen Überblicks wird dann die aktuelle Situation anzuschauen sein, um zu sehen, wo wir heute in diesem Prozeß der europäischen Einigung stehen, was die Konsequenzen aus der bisherigen europäischen Einigungs- und Integrationspolitik für beide Länder sind, und welche möglichen Optionen der politischen Gestaltung in Zukunft noch bestehen.

Für Deutschland ist dabei die konsequente West-Orientierung der Politik ein herausragendes und durchgängiges Merkmal, das seit Adenauer bis zur heutigen Regierung prägend geworden ist für die deutsche Aussenpolitik und ihre konsequente Anbindung an die USA. Daran ändern auch zwischenzeitliche kleinere Friktionen, oder größere öffentliche Debatten nichts. Das atlantische Netzwerk hat hier langfristig ausgezeichnete Arbeit zur Durchsetzung seiner Interessen geleistet. Diese politische West-Orientierung, die sich durch die frühe Wiederbewaffnung Deutschlands und die Einbindung in die Nato am klarsten zum Ausdruck bringt, wurde zusätzlich verstärkt durch die enge wirtschaftliche Verbindung mit den USA. Auch in diesem Bereich ist über die Jahrzehnte nach 1949 eine immer engmaschigere Verflechtung entstanden.

Für Frankreich sah die Situation von Anfang an anders aus, auch wenn Frankreich erst nachträglich von den Alliierten als Siegermacht aufgenommen wurde und eine eigene Besatzungszone in Deutschland zugesprochen bekam. Für Frankreich unter dem General de Gaulle war es klar, dass es einen Platz als eigenständige europäische Nation am Tisch der grossen Nationen haben müsse. Darüber können auch frühe, gezielte Bemühungen bestimmter politischer und wirtschaftlicher Kreise, die für eine enge Verflechtung mit den USA eingetreten sind, nicht hinwegtäuschen.⁷ Für das Frankreich der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg gehört der Anspruch eine „Grande Nation“ zu sein, ein Land, das unter den großen der Welt seinen legitimen Platz haben müsse, immer noch zum historischen Profil. Dieser Anspruch speist sich natürlich auch aus der starken kulturellen Kraft Frankreichs, die in Europa, neben der britischen, für lange Zeit derart dominierend war, so dass die gebildeten Kreise von Paris, über Berlin, bis nach Warschau und Petersburg französisch sprachen und dachten.⁸

Diese unterschiedliche Ausgangslage der beiden Nationen, Frankreich und Deutschland, zeigt sich auch am Beispiel der europäischen Einigung und Integration, und an den Ergebnissen, den diese für das jeweilige Land gebracht haben.

Die „europäische Achsenzeit“ von 1985 bis 1995 unter Delors und Mitterand

⁷ Wir verweisen hier auf die Studie zur „Geschichte der EU – Teil 1, in Zeit-Fragen, Nr. 38, 2010.

⁸ Wir erinnern hier an Walter Benjamin, der Paris die „Hauptstadt des 19. Jahrhunderts“ nannte. Selbst ein Mann wie Alexander von Humboldt, der von seiner Konstitution her nicht preussischer hätte sein können, hat sich am liebsten entweder in der Natur, auf Reisen, oder aber in Paris aufgehalten.

Nach der Gründungsphase der EU, noch während der Phase der EWG, muß als die entscheidende Phase für die Gestaltung der EU die Zeit gesehen werden, als Jacques Delors als Präsident der europäischen Kommission gewirkt hat. Delors war vom französischen Präsidenten François Mitterrand auf diesen Posten gelobt worden ist, auf dem er sich von 1985 bis 1995 bewährte. Delors hatte Frankreich schon früh im Europaparlament vertreten und sich dann in mehreren Regierungen unter der Präsidentschaft von Mitterrand als hervorragender und loyaler Politiker ausgezeichnet hatte. Diese Zeit der europäischen Integration unter der Achse Mitterrand-Delors bildet, im nachhinein gesehen und in mehrfacher Hinsicht, die „europäische Achsenzeit“, während der die Politik sowohl der europäischen Einigung und Integration, als auch der Rolle Frankreichs in Europa und als globaler Macht sich grundsätzlich verändert haben. Wie wir noch sehen werden, hängen beide Ereignisse wiederum stark mit dem parallelen Ausbau der amerikanischen Dominanz in Europa zusammen.

In der Literatur zu diesem Thema wird meist darauf verwiesen, dass Delors seit den 80er Jahren und dann auch noch über die neue Konstellation nach der Wiedervereinigung der beiden deutsche Staaten und dem Zusammenbruch des sowjetischen Staatenbundes, eine immer stärkere Vertiefung der Integration der europäischen Staaten in der EU angestrebt und vorangetrieben habe. Das deutet darauf hin, so wird angenommen, dass Delors und Mitterrand auf den europäischen, zentralistischen Bundesstaat hingewirkt hätten. Vordergründig ist diese Annahme sicher richtig und insgesamt unbestreitbar. Das bedeutet aber nicht automatisch, dass Delors und Mitterrand die Verwirklichung des europäischen Bundesstaates unter der US-Hegemonie anstrebten.

Denn für beide Politiker war **der gaullistische Anspruch Frankreichs auf die Anerkennung als ebenbürtiger Partner der grossen Nationen nicht verhandelbar**. In diesem Sinne sollte die europäische Einigung sich an den Interessen Frankreichs ausrichten und nach den etatistischen Vorstellungen der französischen Bürokratie gestaltet werden. Beide Politiker **strebten unter diesen Prämissen eine europäische Union an, die eine Mischung aus zentralistisch-föderalistisch organisiertem Bundesstaat werden sollte, die aber gleichzeitig souverän gegenüber ausländischen Mächten**, insbesondere gegenüber den USA, ihre Ansprüche auf der internationalen Bühne geltend machen könnte. In diesem Sinne ist auch das gesamte Wirken von Delors als Präsident der europäischen Kommission zu verstehen.

Im Jahre 1986 wurden unter Delors als Präsidenten der EWG die Römischen Verträge von 1957 erstmals nachhaltig reformiert und die Grundlagen für den europäischen Binnenmarkt gelegt. Die zu diesem Zweck geschaffene „Delors Kommission“ entwickelte dazu den Mechanismus des europäischen Rechtsetzungsprozesses, der bis heute, in ausgeweiteter Form, über die „acquis communautaires“⁹ für die Integration und Assoziierung weiterer Mitglieds- und Partnerländer als maßgeblich gilt. Dabei geht es seitdem nicht nur um den Binnenmarkt, sondern es werden alle Bereiche des öffentlichen Lebens ausnahmslos einbezogen, von der Rechtsstaatlichkeit, über den Handel, die wirtschaftlichen Regeln und Gesetze wie auch die sozialen Normen, bis zur Migrations- und Aussenpolitik. Dieser weitreichende Prozess der gesetzlichen und regulativen Vereinheitlichung der Länder

⁹ Im Juristendeutsch wird das „Besitzstand der EU“ genannt.

Europas, sowie der assoziierten Staaten, war bis 1992 weitgehend rechtskräftig verabschiedet worden und die Ergebnisse somit als Teil der gegenseitigen Verpflichtungen der Mitgliedstaaten rechtsgültig geworden. Damit war die EU als rechtsstaatliches Konstrukt endgültig etabliert.¹⁰

Parallel zu diesem Prozess, und in konsequenter Ergänzung dazu, legte Delors 1989 einen Drei-Stufen –Plan vor zur Errichtung einer Wirtschafts- und Währungsunion. Den Auftrag zu dieser von ihm ins Leben gerufenen Initiative hatte er sich vom Europäischen Rat, also von den europäischen Mitgliedsstaaten, schon 1988 geben lassen. Die Arbeiten der Delors-Kommission wurden dem Europäischen Rat in einem Bericht vorgelegt, der dann zur Grundlage für die **Ausgestaltung der Wirtschafts- und Währungsunion durch den Vertrag von Maastricht wurde**¹¹, der als Gründungsakt der EU gilt. Dieses Ergebnis gilt als die herausragende Leistung von Delors.

Der Wendepunkt im Prozess der europäischen Integration und das Ende der „Grande Nation“

Hier aber kommen wir zu einem entscheidenden Punkt in unserer Argumentation. Denn was auf den ersten Blick wie ein grosser Moment für die Zukunft Frankreichs und seiner europäischen, aber auch globalen politischen Ansprüche aussieht, wird letztlich zum entscheidenden Wendepunkt seiner Geschichte. Im Sinne einer *Ironie der Geschichte* zeichnet sich von diesem Zeitpunkt an das Ende der „Grande Nation“ ab. Den Schlüssel zu diesem Verständnis finden wir, wenn wir die Rolle der USA in diesem Prozess genauer betrachten.

Dabei sollten wir nicht davon ausgehen, dass die USA in dieser Zeit mit verdeckten Karten gespielt haben. Vielmehr schien es ein Spiel mit offenem Ausgang zu sein. Gemessen an der hegemonialen Bedeutung, welche die USA nach dem Zweiten Weltkrieg wirtschaftlich wie militärisch erreicht hatten, darf aber der Ausgang nicht mehr überraschen. Wie wir noch sehen werden, führt der Prozess der europäischen Integration zu dem Ergebnis, das die USA von Anbeginn angestrebt haben, zu einer europäischen Integration nach dem Vorbild der USA und zum Ende Frankreichs als der „Grande Nation“.

Die französische Politik ist hier nämlich an einem Scheitelpunkt angekommen, von dem aus sie nur über eine konsequente Weiterführung der Politik im Sinne der gaullistisch formulierten Interessen der französischen Nation auf dem angestrebten Weg weiter gekommen wäre. Jedoch wollte es die Geschichte anders. Delors und Mitterrand nahmen in den Jahren 1994 und 1995 ihren Abschied als entscheidende Figuren in der Gestaltung der Politik Frankreichs und der EU¹². Damit war eine konsequente Weiterführung auf dem

¹⁰ Dieser Prozess ist auf der offiziellen Webseite der EU unter <https://europa.eu/> in vollem Umfang dokumentiert und auch beschrieben.

¹¹ Dazu sei an dieser Stelle angemerkt, dass die wichtigste Forderung Frankreichs, vertreten durch Mitterrand, während der Verhandlungen über die deutsche Wiedervereinigung, die Aufgabe der D-Mark und die Annahme des Euro als zukünftiger europäischer Währung war. Damit sah sich Frankreich als aktiver Teilhaber am deutschen Wirtschaftspotential.

¹² Mitterrand trat 1995 nach seinem zweiten Mandat von der politischen Bühne Frankreich ab. Er verstarb im Jahre 1996. Delors beendete seine Präsidentschaft 1994 nach drei Mandatszeiten.

eingeleiteten föderalistischen Weg der EU unter Führung Frankreichs nicht gesichert und wurde für Frankreich letztlich verspielt, wie wir hier in den nachfolgenden Kapitel noch kurz zeigen werden.

Auf den ersten Blick sieht es zwar so aus, als habe Frankreich unter der den drei Mandatszeiten der EU-Präsidentschaft von Delors, das offensichtlich die dominierende Rolle in der Politik der europäischen Integration eingenommen hatte, seine Interessen eindeutig wahrnehmen können und seine Ziele erreicht. Es schien ganz klar zu sein, dass mit der Umsetzung des 3-Stufen Planes der Europäischen Kommission unter Leitung von Delors und unter dem Vertrag von Maastricht die Europäische Union endgültig ein französisches Gesicht, eine französische Struktur und eine französische geistige und politische Führung haben würde. Dieser Schein aber trügt.

Denn die Wahrung und konsequente Durchsetzung der französischen Interessen hätte gleichzeitig eine Abwehr gegen die Amerikanisierung der europäischen Politik verlangt. Es sollte sich jedoch zeigen, dass selbst politische Größen wie Mitterand und Delors dieser Herausforderung am Ende nicht gewachsen waren. Der Grund dafür ist sehr einfach in der die Position Deutschlands zu finden. Die amerikanische Politik in bezug auf die europäische Einigung war konsequent und eindeutig. Dabei war für das Erreichen der politischen Ziele in Europa die Position Deutschlands entscheidend, das von Anfang an von den USA wirtschaftlich eingebunden und dominiert war, und seine politische Manövrierfähigkeit als Nation durch eine bedingungslose Loyalität mit den USA und der Nato eingeschränkt sah. In Europa stand Frankreich also mit seiner Politik des zentralistisch-föderalistischen Staatenbundes, nach gaullistischen Vorstellungen unter französischer Führung, im Gegensatz zum zentralistischen Bundestaat weitgehend alleine da.¹³

Mitterand und Delors waren deshalb auch realistisch genug, um anzunehmen, dass der europäische Integrationsprozess weitgehend im Sinne der Vorstellungen von Monnet und Schumann und nach dem Vorbild der USA hin zu einem europäischen Bundesstaat laufen würde. Mitterand war ein ausgezeichneter Realpolitiker, der seine Ziele konsequent verfolgte, sich aber gleichzeitig den politischen Zwängen und Tatsachen nicht verweigerte. Mitterand und Delors wussten also, dass sie nicht davon ausgehen konnten, die USA würden den Trumpf, den sie in Form der Nato hatten, sich aus der Hand nehmen lassen.

Aber, als überzeugte Gaullisten, sind sie wohl beide davon ausgegangen, und daher habe ich auch diese paradoxe Bezeichnung übernommen¹⁴, dass dieser zentralistische

¹³ Die USA wussten schon sehr früh, wie sie England, Österreich und Dänemark auf Linie bringen mussten, also von der EFTA weg, hin zur entstehenden EU.

Diesen Prozess zeigt sehr detailliert und überzeugend Werner Wüthrich in einer Folge von mehreren Artikeln in dem Schweizer Magazin „Zeit-Fragen“ unter dem Titel „Europäische Integration“.

Dort geht er auch sehr detailliert und kenntnisreich auf die unterschiedlichen Rolle von Jean Monnet und de Gaulle ein.

Eine überzeugende Analyse zu dem Einfluss der USA auf den Prozess der europäischen Einigung wurde von den deutschen Historiker Andreas Bracher in seinem Buch „Europa im amerikanischen Weltsystem, Bruchstücke zu einer ungeschriebenen Geschichte des 20. Jahrhunderts, Basel, 2001, vorgelegt.

¹⁴ In dem „normalen“ französischen Verständnis von Politik, sind sozialistische Politiker keine Gaullisten, denn diese müßten nach diesem Verständnis der konservativen Partei angehören.

europäische Bundesstaat letztlich unter der eindeutigen Führung Frankreichs ablaufen würde, um damit die europäische Souveränität, die Freiheit, über die Gestaltung der europäischen Politik zu wahren.¹⁵ Führung und politische Gestaltungskraft meint hier: geistige Orientierung und politische Führung durch das nationale Genie Frankreichs.

Um dies zu verwirklichen, sollten die wirtschaftlichen Kapazitäten und Ressourcen für die EU dabei in erster Linie von Deutschland bereitgestellt werden. Daher stammt ja auch das Bonmot von Mitterand, dass er sich von den Deutschen nichts so sehr gewünscht habe, wie die Deutsche Bundesbank. Tatsächlich hat ja Frankreich unter Mitterand bei den Verhandlungen um die deutsche Einheit sich die Währungseinheit festschreiben lassen, wie sie dann auch im Vertrag von Maastricht umgesetzt wurde. Politisch gesehen hat die Bundesbank natürlich direkt nichts mit der deutschen Einheit zu tun. Strategisch aber war die Übernahme der Deutschen Bundesbank durch die Aufgabe der D-Mark und die Einführung des Euro der entscheidende Schritt, um die Kontrolle über die deutschen wirtschaftlichen Kapazitäten und die finanziellen Ressourcen des Landes an die EU zu übertragen. Aus der Sicht von Mitterand und Delors war dies gleichbedeutend damit, diese deutschen Kapazitäten und Ressourcen unter französische Aufsicht und Verfügungsgewalt innerhalb der EU zu stellen.¹⁶

In der Zusammenschau müssen wir sagen, dass die Politik von Mitterand immer sehr realistisch, gleichzeitig aber strategisch und langfristig angelegt war. Dabei behielt sie immer im Auge, dass es Ziel der französischen Politik sein müsse, der „Grande Nation“ ihren legitimen Platz unter den Nationen zu sichern. Als Konsequenz der Folgen des Zweiten Weltkrieges war aber für Mitterand nicht zu übersehen, dass die USA über die Schaffung einer neuen Weltordnung, die sich an den Institutionen von Bretton Woods, sowie dem Weltsicherheitsrat der UNO, ausrichtete, nach einer Hegemonie strebten, deren Einfluss in Europa nur durch ein vereintes Europa, mit Frankreich und Deutschland im Zentrum, eingedämmt werden könnte. Nach diesem Verständnis brauchte also Frankreich die EU, mit Deutschland als der dominanten Wirtschaftsmacht, um sich als „Grande Nation“ gegen die Hegemonie der USA bewähren zu können. Diesen Anspruch der bedeutenden Rolle

Wir aber nennen hier Mitterand und Delors Gaullisten, weil sie die Politik de Gaulles vertreten haben, also eine Politik, welche die nationalen Interessen Frankreichs als „grande nation“ immer im Auge behält und nie aufgeben darf.

¹⁵ In diesem Zusammenhang ist es wichtig darauf hinzuweisen, dass Delors noch 2010 maßgeblich an der Gründung der „Spinelli Group“ beteiligt war, die als eine Initiative des Europa-Parlamentes gegründet wurde, um die Bestrebungen innerhalb der EU zur Schaffung eines föderalistischen Staatenbundes zu fördern. Nicht unterschlagen werden sollte auch, dass Delors in der EU wohl der letzte Präsident war, der das Prinzip der „Subsidiarität“ überzeugend vertrat und in seiner Bedeutung für die Gestaltung der europäischen Politik hervorhob.

¹⁶ Damit war die vollständige Übernahme Deutschlands durch Frankreich, wie sie in dem Vertrag von Versailles unter Clemenceau betrieben und beansprucht worden war, einen entscheidenden Schritt weitergekommen. In einem Teil der deutschen Öffentlichkeit wird dieses Ergebnis der europäischen Integration auch „Versailles 2.0“ genannt. Dazu lesenswert der Artikel in Telepolis, „Komplette, legale Enteignung per Gesetz“, von Marc Friedrich und Matthias Weik, 2019.

Frankreichs hat Mitterrand von de Gaulle übernommen.¹⁷ Die EU sollte also nach den Vorstellungen Frankreichs so geprägt werden, dass sie im Verbund mit der deutschen Wirtschaftskraft eine souveräne Rolle in der Weltpolitik spielen würde. **Frankreich war in diesem Sinne das letzte Bollwerk gegen die Hegemonie der USA in Europa.**

Im Jahre 2020 sind die USA also der klare Sieger, der große Verlierer ist Frankreich, zusammen mit den anderen Staaten der EU, die sich eine unabhängige europäische Politik gewünscht hätten. Deutschland konnte sich nicht aus der wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Umklammerung der USA lösen. Realistisch gesehen war es für Deutschland nach 1949 praktisch nicht mehr möglich einen wirklich souveränen Status zu erreichen.

Durch den Vertrag von Maastricht, der 1993 unterzeichnet wurde, war also die EU als die entscheidende Stufe der Verwirklichung einer „immer engeren Union der Völker Europas“ geschaffen, wie es im Vertrag selber heisst. Es war Frankreich aber nicht gelungen, seine Vorherrschaft in Europa zu festigen, denn der entscheidende Partner, den Frankreich für dieses Modell einer souveränen EU benötigt hatte, war schon lange nicht mehr unabhängig. **Deutschland war, um es in der Sprache der USA auszudrücken, ein treuer Vasall auf dem grossen Schachbrett des amerikanischen hegemonialen Anspruchs in Europa.**¹⁸

Und dennoch. Warum sollten wir uns Europa nicht unter dieser Konstellation leben wollen. Es ist ja schließlich wahr, dass wir seit 1949 ein weitgehend friedliches Leben in Europa führen konnten, das einhergegangen ist mit einem bisher nie gekannten Wohlstand und Reichtum. Ist da dieser Ruf nach europäischer Souveränität nicht ein nostalgisches Unterfangen, ohne konkrete dringende Begründung und letztlich gegen die Interessen der EU? – Diese Fragen sind sicher berechtigt und verdienen ein analytisches Abwägen im Sinne einer aktuellen Standortbestimmung. Dazu wollen wir hier im Anschluss noch einen Beitrag leisten.

Europa auf amerikanischen Abwegen

In der Absicht dieser Besinnung auf die eigenen Interessen und der notwendigen Standortbestimmung Frankreichs, Deutschlands und der EU, wollen wir kurz zurückkommen auf die gemeinsam auf den Champs Elysees defilierenden „Waffenbrüder“; dieses Bild, das uns nicht mehr aus dem Kopf will.

Wir sind uns einig, dass dieses Bild nicht das einzige ist, das symptomatisch ist für die EU und die gemeinsame Politik Frankreichs und Deutschlands. Wir übersehen nicht die überaus schätzenswerten Umstände einer Politik der offenen Grenzen und die Ergebnisse der wirtschaftlichen Integration durch die EU. **Die Frage muß aber immer wieder gestellt werden, wer die Regeln bestimmt, nach denen wir das Leben in Europa gestalten**

¹⁷ s. h. Francois Mitterrand: un socialiste gaullien, T. Desjardins, Paris, Hachette 1978 ; oder auch die Biographie "C'était Francois Mitterrand", von Jacques Attali, Paris, 2007, einem langjährigen Weggefährten und Vertrauten von Mitterrand.

¹⁸ Diese Einschätzung wird in den USA durchgängig in den Publikationen des "Foreign Policy Research Institute" verwendet und ist durch das Buch "The Grand Chessboard: American Primacy and its Geostrategic Imperatives", von Zbigniew Brzezinski, New York, Basic Books, 1997.

wollen. Das ist, wenn man so will, die „Urfrage“, die de Gaulle sehr klar und mit Nachdruck gestellt hat, und die wir uns heute noch stellen müssen. Denn die Forderungen der Menschenrechtserklärung nach Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit gelten ja nicht nur für die Individuen, sondern sie müssen auch für Staaten und Länder gelten, dort nennt man das „Selbstbestimmungsrecht“ oder auch Souveränität. Länder und die Menschen, die in ihnen Leben, müssen das Recht auf Selbstbestimmung und auf die selbstbestimmte Gestaltung ihrer Gemeinwesen haben.¹⁹

Seit 1919, haben die USA unter ihrem Präsidenten Wilson die internationale Doktrin der Einmischung in Angelegenheiten fremder Staaten auf der Weltbühne als legitimes Machtinstrument in die globale Politik eingeführt. Ein Land kann seitdem auch mit den Mitteln von Gewalt und Krieg bestraft, oder mit Sanktionen belegt werden, wenn die dominierende Macht der Meinung ist, dass ein Land sich nicht an Regeln hält, die von der dominierenden Macht festgelegt werden. Der Wilsonianismus dreht sich also nicht in erster Linie um einen Wettstreit der besseren Ideen, sondern er bezieht explizit die Einmischung und gewaltvolle Korrektur mit ein, ebenso wie das Instrument der Sanktionen, die heute zu einem beliebten Mittel der amerikanischen Politik geworden sind.²⁰ Es hat sich für die USA herausgestellt, dass dieses Instrument der Sanktionen, auf Grund der exklusiven amerikanischen Verfügungsgewalt über mächtige Instrumente für Finanztransaktionen²¹ zusammen mit seiner dominierenden Rolle als Wirtschaftsmacht gezielt und wirksam eingesetzt werden kann, um das wirtschaftliche Wohl ganzer Länder

¹⁹ Wir stellen hier unterschwellig die Frage nach der Staatsraison, ein Begriff, der in Deutschland mit dem Verweis auf das GG direkt aus allen Diskussionen herausgehalten wird.

Wir sind dagegen der Meinung, dass die Staatsraison, also die Frage nach dem Sinn unseres Staatswesens, wieder neu zu stellen ist.

Die herrschenden Parteien sehen die Staatsraison offensichtlich darin, international immer grösseres Ansehen und grössere Macht zu gewinnen, indem immer mehr Mittel erwirtschaftet werden, die dann für „internationale Aufgaben“ im Sinne der Nato, der EU und der UNO zur Verfügung stehen.

Es ist an der Zeit, dieses Verständnis von Staatsraison, das im wesentlichen in der Renaissance von Machiavelli und anderen Zeitgenossen geprägt wurde, grundsätzlich zu ändern.

Wir sehen die grundsätzliche Staatsraison darin, den Wohlstand und die Lebensqualität für die Bevölkerung zu sichern und nach Möglichkeit auszubauen.

²⁰ s. h. „Extraterritoriale US-Sanktionen“, von Sascha Lohmann, in SWP-Aktuell 2019/A 31, Mai 2019.

Darin schreibt er: „Seit Gründung der Republik weitet die US-Regierung ihre Autorität jenseits der eigenen Landesgrenzen aus, um wirtschafts-, außen- und sicherheitspolitische Ziele zu verfolgen. Die extraterritoriale Anwendung von US-Recht auf natürliche und juristische Personen, Vermögen und Handlungen außerhalb des eigenen Territoriums wird durch drei Faktoren begünstigt: Erstens durch eine weltanschauliche Verpflichtung auf ein naturgegebenes Recht, die sich in einem Bekenntnis zur Unantastbarkeit unveräußerlicher Rechte ausdrückt, die auch über die eigenen Grenzen hinaus für gültig gehalten werden. Zweitens durch eine Rechtskultur, die von der Erfahrung einer steten territorialen Ausdehnung und Vorherrschaft geprägt ist – anfangs als ehemalige Siedlergesellschaft und später als Besatzungsmacht nach dem Zweiten Weltkrieg. Und drittens durch eine unabhängige Justiz, die über einen großen Ermessensspielraum verfügt, den geografischen Geltungsbereich von US-Recht und dessen Vollzug durch Verwaltungsbehörden zu interpretieren.“

²¹ s. h. den exzellenten Artikel „Die Superwaffe des Mr. Glaser, Sanktionen gegen Russland und den Iran: Wie amerikanische Finanzbeamte zu Wirtschaftskriegern werden“, von Kerstin Kohlenberg und Mark Schieritz, am 23. Oktober 2014, in DIE ZEIT Nr. 44/2014.

und ihrer Bevölkerungen gezielt zu beeinflussen und diese auch mit Gewalt zu treffen und durch Sanktionen auszuhungern.²²

Ursprünglich war Europa als Friedensmacht gegründet worden, das der Welt mit ihrem modernen Modell des freiwilligen Zusammenschlusses von Staaten als Vorbild dienen wollte. Der frühe Slogan, mit dem die EU ihr Modell weltweit angeboten hat hieß „Partnerschaft“. Diese Politik soll bis heute mit den „Partnership and Cooperation Agreements“ (PCA), die weltweit angeboten und verhandelt werden, weitergeführt werden.²³

Wie die jüngsten Ereignisse in der Ukraine, aber auch in nordafrikanischen Staaten, wie Ägypten, Libanon, Libyen und Syrien zeigen, wird dieses Instrument der „Partnerschaftsverträge“ von der EU zunehmend als Machtinstrument angewendet, um Staaten „auf Kurs zu bringen“, oder zu halten. Aus dieser Erfahrung der Partnerländer heraus wird die EU heute weltweit zunehmend als eine wachsende Macht wahrgenommen, die auf „Dominanz“ abzielt und sich den Zielen der USA als globaler Hegemonialmacht weitestgehend unterordnet.

Schon seit den Kriegen gegen Jugoslawien und Libyen hat dieses Bild der EU-Partnerschaft ganz deutliche Risse erfahren müssen. Hinzu kommen die aktuellen Kriege in Syrien, im Irak, in Afghanistan und im Jemen, alle nur wenige Flugstunden von Europas Hauptstädten entfernt, in welche die Nato und einzelne ihrer wichtigen europäischen Mitglieder direkt verwickelt und aktiv eingebunden sind.²⁴ Zu den sich ständig ausweitenden Friedensmissionen in Nord-, West-, und Zentralafrika, werden schon neue Einsatzgebiete und „Friedensmissionen“ in Asien und auf allen Weltmeeren ins Auge gefasst. Wir dürfen davon ausgehen, dass diese Ambitionen sowohl in Lateinamerika, wo es ganz konkret Länder wie Chile, Ecuador, Bolivien, Peru und Venezuela betrifft, ebenso wahrgenommen werden, wie in Asien, wo neben den Nuklearmächten China, Indien und Pakistan, auch von den Mega-Ländern, wie Indonesien, Malaysia und den Philippinen, sehr genau auf die Interessenspolitik der EU geschaut wird. Die „große Politik“ will es uns als Zeichen der Stärke und Souveränität darstellen, wenn sich Frankreich und Deutschland,

²² Im Moment, als wir diesen Text verfassen, werden von den USA hunderte von Sanktionen angewendet, insbesondere gegen Nordkorea, Iran, Syrien, Venezuela, Rußland, China und selbst gegen Europa und einzelne Länder innerhalb von Europa. In vielen Fällen ist es so, dass die EU auf Druck der USA selbst Sanktionen ausspricht, auch wenn diese gegen ihre eigenen Interessen verstossen. Euphemistisch wird das „Wirtschaftskrieg“ genannt. Nicht selten aber haben diese Sanktionen auch tödliche Folgen, wie im Falle von Ländern, in die Krieg getragen wurde, wie Syrien, wo eine Bevölkerung im Krieg noch zusätzlich mit Sanktionen bestraft wird, weil das „Regime“ den USA und Europa nicht genehm ist.

²³ Der Autor dieses Essay hat über mehrere Jahrzehnte als Berater der EU und von verschiedenen Partnerländern in mehreren Weltregionen an der Umsetzung dieser Partnerschaftsverträge und Assoziierungsabkommen mitgewirkt. Er hatte also die Gelegenheit diese Verhandlungen und die Reformprozesse seit der Präsidentschaft von Delors mitzugestalten. Der Autor hat also diese politischen Prozesse von beiden Seiten her gesehen und daran unterstützend mitgewirkt. Dabei war es ihm immer ein Anliegen, das „Europa der Partnerschaft“ zu vertreten. Das Europa der Macht im Sinne der US-Hegemonie lag nie in seiner Absicht.

²⁴ Zur Illustration der Rolle, die Deutschland in Syrien und als Mitglied der Nato übernimmt, seien hier nur zwei Beispiele angeführt, einmal „Deutschland finanziert Erdogans Umsiedelungspolitik in Nord- und Ostsyrien, vom 24. Januar 2020, von Elke Dangeleit, sowie „Türkei: Merkels zivilisatorischer Tabubruch“, vom 25. Januar 2020, von Tomasz Konicz; beide Artikel sind im Online Magazin Telepolis erschienen.

im Verbund mit anderen europäischen Staaten wie Spanien und Italien, zur Bildung und zum Aufbau eines grossen und umfassenden industriell-militärischen Komplexes in Europa zusammenschliessen.²⁵ Die Aussenansicht der betroffenen Länder blickt auf diese militärischen Ambitionen eher mit Argwohn.

Sind diese Ereignisse nicht Symptome einer Richtungsänderung und einer gravierenden Änderung und massiven Ausweitung der Mandate von EU und Nato? Sollten wir diese Befürchtung haben, dann sollten wir uns auch fragen, ob es das ist, was wir in Europa wollen, und ob und im gegebenen Falle, wie wir diese Politik als souveräne Gestalter unseres politischen Schicksals selbst bestimmen können.

Die Anzeichen weisen jedoch recht eindeutig darauf hin, dass wir in uns Europa in einem politischen Strom befinden, den wir zu immer grösseren Teilen nicht mehr selbst steuern.

Heutzutage wird in grossen Aufmachungen die europäische Aufrüstung und der weitere Aus- und Aufbau eines europäischen militärisch-industriellen Komplexes gefeiert.²⁶ Geflissentlich wird dabei übersehen, dass der industriell-militärische Komplex in Deutschland, wie auch der gesamte Rest seiner wirtschaftlichen Kapazitäten schon heute weitgehend von den amerikanisch dominierten Finanzkonzernen und ihren Instrumenten gesteuert werden.²⁷ In der Konsequenz heisst dies, dass wir gerade der Erweiterung des amerikanischen industriell-militärischen Komplexes auf dem Gebiet der EU beiwohnen und diesen auch noch enthusiastisch feiern.²⁸

In diesem Sinne sehen wir in dieser Begeisterung der FAZ, Deutschlands einziger international renommierte liberal-konservative Tageszeitung, als sie am 14. Juli 2019 "die französisch-deutschen Brüder unter Waffen auf dem Elysees-Feld marschieren sah", das Symptom einer aufziehenden Krise, die wir gerne vermeiden würden. Dieser Titel und das Bild greifen die Situation Europas vor dem Ersten Weltkrieg zumindest durch den Geist auf, wenn nicht mit Worten. Im Jahr 1914 waren die Franzosen und die Deutschen gleichermaßen begeistert, und im darauffolgenden Krieg zahlten sie teuer, mit enormen Menschenopfern auf beiden Seiten. Es folgte ein weiterer Krieg, weniger gewalttätig für Frankreich, weil von deutschen Truppen vor allem nach Osteuropa hin und gegen Russland geführt, auf der Suche „Lebensraum“, nach Bodenschätzen und natürlichen Ressourcen.

²⁵ s. h. von Peter Carstens in der FAZ vom 21.01.2020, „Deutsch-Französisches Projekt“ - Ein Kampfflugzeug für 100 Milliarden Euro“.

²⁶ Als eines von vielen weiteren Beispielen, sei hier der Artikel in der FAZ vom 21.01.2020 erwähnt, „Deutsch-Französisches Projekt“ - Ein Kampfflugzeug für 100 Milliarden Euro“. Diese Aufrüstung und ihre öffentliche Zelebration betrifft auch alle anderen Waffengattungen, wie den Aufbau einer gemeinsamen Flotte, zum Einsatz auf den Weltmeeren, insbesondere aber in Asien gegen China gerichtet.

²⁷ Als eine der neueren Quellen zitieren wir hier Jens Berger, Wer schützt die Welt vor den Finanzkonzernen?“, Frankfurt, 2020.

²⁸ Sehr informativ ist der Artikel von Werner Rügemer in dem Online Magazin „Nachdenkseiten“ vom 23. April 2019, „USA im Niedergang? – Aber in der EU so mächtig wie noch nie; dazu von selben Autor „Die Kapitalisten des 21. Jahrhunderts. Allgemeinverständliche Notizen zum Aufstieg der neuen Finanzakteure.“ Köln 2018.

Nach diesem Zweiten Weltkrieg war Frankreich schließlich als einer der Gewinner Mitglied des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen geworden und hatte sich mit seinem Arsenal and Atomwaffen ausgestattet.

Politisch war Mitterrand in der Tat der letzte Gaullist, der die Interessen Frankreichs und Europas angesichts der amerikanischen Macht verteidigen wollte. Frankreich war die letzte Bastion des bewussten Widerstands gegen die Amerikanisierung Europas und der Welt²⁹ und gegen die erzwungene Übernahme seines wissenschaftlich-technischen Fortschrittsbegriffes, sowie seiner hegemonialen politischen Ansprüche in Europa. Seitdem haben sich Frankreich und Europa allmählich von dieser Position des Widerstands zurückgezogen und tatsächlich begonnen, ihre nationalen und europäischen Identitäten zugunsten einer schrittweisen Integration in das amerikanische Hegemonialreich zu transformieren.

Konsequent zeigt sich das daran, dass Frankreich seit 2009 wieder Vollmitglied der NATO geworden ist, und das US-Kapital kontrolliert derzeit 50 % und mehr der Vermögenswerte in Deutschland und anderen europäischen Ländern.³⁰

Wenn wir auf die aktuelle Situation und die gemeinsame Parade der französischen und deutschen Streitkräfte auf den Champs Elysees im Jahr 2019 zurückblicken, sollten wir also verstehen, dass **die Kriege, die Europa in Zukunft führen wird, die Kriege der Vereinigten Staaten sind**. Frankreich und Deutschland, und damit Europa, sind zu direkten und bedingungslosen Verbündeten und Vasallen der militärischen, finanziellen und industriellen Hegemonialkräfte der USA geworden.

Fatale Folgen der West-Orientierung der EU: der amerikanische „cordon sanitaire“ vom Baltikum bis zum Schwarzen Meer

Es ist Frankreich also gelungen, über die europäischen Integration seit dem Maastricht Vertrag von 1993, und beschleunigt nach der Finanz- und Schuldenkrise nach 2007/08, erfolgreich den Zugriff auf die deutschen finanziellen und wirtschaftlichen Ressourcen zu erhalten. Deutschland hat sich seit dieser Zeit willig der Politik der EZB unterworfen, die die gemeinsamen Ressourcen zum Aufkauf von letztlich ungedeckten Staatsanleihen der Länder aus dem Süden der EU genutzt hat. Ebenso werden durch die Mechanismen der EZB riesige Target-Salden angehäuft, um die wirtschaftliche Liquidität in diesen südeuropäischen Ländern zu sichern. Zusätzlich wurde der ESM geschaffen, ohne ihm eine Grenze zu setzen und auch ohne die profitierende Länder konsequent in die Verantwortung zu nehmen. Ebenso wird die Bankenunion zu einer generellen Haftung der der Mitgliedsländer untereinander führen. **Die EU als Plattform für den Transfer praktisch aller finanziellen und wirtschaftlichen Ressourcen und die unbeschränkte gegenseitige Haftung für alle Verpflichtungen ist zu einer Realität geworden.**

²⁹ Zu diesem Thema verweisen wir auf den Beitrag über „Amerikanisierung und Westernisierung“, von Anselm Doering-Manteuffel, in: Docupedia-Zeitgeschichte, 18.1.2011, URL: http://docupedia.de/zg/Amerikanisierung_und_Westernisierung?oldid=132686.

³⁰ Hierzu verweisen wir, als eine von vielen möglichen Quellen, auf Werner Rügemer, Die Kapitalisten des 21. Jahrhunderts, Gemeinverständlicher Abriss zum Aufstieg der neuen Finanzakteure, Köln, 2018.

Deutschland hat die Verfügungsgewalt über sein Vermögen und sein Ressourcen an die EU abgetreten.³¹

Das besonders fatale an dieser Situation aber ist, dass über die Vergemeinschaftung der deutschen und europäischen Ressourcen die USA zum grossen Gewinner geworden sind. Durch die starke Dominanz der US-Finanzwirtschaft über die deutsche Industrie und die gesamte deutsche Volkswirtschaft³², die beispielsweise auch einen grossen Teil der Banken sowie der deutschen Immobilienwirtschaft einbezieht, geht diese Dominanz auch auf die europäische Wirtschaft über. So wird also der französisch-deutsch-britisch-spanische industriell-militärische Komplex schliesslich zu einem amerikanisch dominierten Unternehmen gigantischen Ausmasses und auf europäischem Territorium. Wenn wir davon ausgehen³³, dass bei heutigem Stande etwa 50% der weltweiten Waffenproduktion aus den USA stammen, dann werden wir verstehen, dass die militärische Dominanz durch den direkten Zugriff auf die europäische Industrie diesen Anteil noch einmal beträchtlich erhöht wird.

Nach unserem Verständnis ist diese massive Aufrüstung kein gutes Zeichen, denn Waffen werden ja nicht in erster Linie nur zur Abschreckung und zur Verteidigung gebaut, sondern ihr primärer Zweck besteht darin, in Kriegen eingesetzt zu werden.

Noch ein weiteres fatales Ergebnis ist durch die Konzentration der europäischen Integration auf die beiden Staaten Frankreich und Deutschland zutage getreten.

Geographisch gesehen ist Deutschland mit dieser Politik aus der europäischen Mitte gerückt. Durch die praktisch ausschließliche Orientierung nach Westen, auf die USA und Frankreich hin hat sich, bildlich gesprochen, Deutschland inzwischen bis zum Atlantik ausgedehnt, indem es zu einem integralen Teil der EU unter französischer Dominanz und im Rahmen der US-Hegemonie geworden ist.

Dies hat aber dazu geführt, daß die Mittel- und osteuropäischen Staaten stark vernachlässigt worden sind. Darüber können auch kleinere Initiativen wie das „Weimarer-Dreieck“ mit Deutschland, Frankreich und Polen nicht hinwegtäuschen. Keiner wird bestreiten, dass es zu einem deutschen Reflex geworden ist, bei jedem Problem und bei jeder Herausforderung in der EU zuerst und meist ausschließlich den französischen Partner zu suchen. Dahingegen wurde die deutsche Aussöhnungspolitik, die unter Willy Brandt auf beeindruckende Weise initiiert worden war, von Deutschland nie in ihrem Wesen und in ihrer Bedeutung verstanden.

³¹ Dazu äusserte sich schon relative früh und dezidiert Prof. Dieter Spethmann am 19.01.2011 in der FAZ, als er davor warnt „Deutschland verschenkt seinen Wohlstand“.

Heutzutage ist wohl Prof. Sinn, ehemaliger Direktor des Ifo in München die prominenteste Stimme, die sich in der Öffentlichkeit sehr deutlich dazu äussert.

Aber auch in der FAZ haben der Mit-Herausgeber Volker Stelzner, wie auch Thomas Mayer, ehemaliger Chef-Volkswirt der Deutschen Bank über viele Jahre eindringlich von diesen Ergebnissen gewarnt.

³² Volkswirtschaftliche Analysen für Länder wie Griechenland, Spanien oder Italien würden diese Aussagen sicher noch bekräftigen. In den Jahren nach der „Lehmann-Krise“ hat sich dieser Trend noch verstärkt, da die US-dominierten Finanzinstrumente diese Zeit der europäischen Schwäche dazu genutzt haben, um verfügbares europäisches Vermögen (*European assets*), in erster Linie also Industrieunternehmen, Banken und Dienstleister, günstig aufzukaufen.

³³ Wir beziehen uns hier massgeblich auf öffentlich zugängliche Zahlen, wie die von SIPRI.

Die Folgen dieser einseitigen Ausrichtung der deutschen europäischen Außenpolitik sind fatal. Denn im Laufe des ersten Jahrzehnts des 21. Jahrhunderts ist es den USA gelungen, sukzessive und strategisch sehr klar ausgerichtet und konsequent umgesetzt, einen „cordon sanitaire“, also eine „Pufferzone“ im östlichen Rücken Deutschlands und der EU zu bilden.³⁴ Die baltischen Staaten, zusammen mit Polen, dem Kosovo, Bulgarien und Rumänien sind von den USA vertraglich eingebunden und militärisch mit Ausrüstung unterstützt worden und bilden heute willig die neuen Frontstaaten der Nato und der USA-Hegemonialpolitik, die gegen Russland und China gerichtet ist.

Für Deutschland und die EU bedeutet dies erneut, vor vollendete Tatsachen gestellt zu sein, und eine Politik auf dem europäischen Kontinent akzeptieren zu müssen, die sie selber nicht mitgestaltet haben. Wir alle dürfen nur hoffen, dass damit nicht der Boden für den nächsten großen Krieg auf den Gebieten Europas bereitet worden ist. Denn aus der Sicht der Vereinigten Staaten muß es prioritäres Ziel ihrer Politik sein, sich freien Zugang zu den Ressourcen zu verschaffen, die auf russischem Territorium liegen. Denn dies ist aus Sicht der USA das beste Mittel, um das Wachstum der chinesischen Wirtschaft und die Ausweitung der Macht Chinas in Zukunft einzudämmen.³⁵

Europa hat seine Souveränität aufgegeben

Die EU und praktisch alle Länder Europas haben also seit dem 21. Jahrhundert ihre Souveränität und Selbständigkeit aufgegeben.

Ob Europa seine Souveränität wieder erlangen kann und will, kann sicher nicht abschließend beantwortet werden. Wir haben unsere Aufgabe in diesem Essay darin gesehen, diesen Prozess skizzenartig nachzuzeichnen, über den Frankreich, Deutschland und schließlich ganz Europa die Gestaltungsmacht über ihre Politik verloren haben. Denn erst wenn dieses Bewusstsein in Europa klar zutage getreten ist, werden sich die Menschen die Frage stellen können, ob sie die gegebene Situation ändern können und ändern wollen. Jedenfalls scheint es so, dass damit aktuell die Grundregeln einer funktionierenden Demokratie in Europa aus den Angeln gehoben sind. Denn wenn die Menschen in einem Land nicht mehr über das staatliche Handeln selbst entscheiden können, sondern wenn im Gegenteil wichtige Entscheidungen von externen Institutionen und fremden Staaten getroffen werden, dann kann von Demokratie keine Rede mehr sein.

³⁴ Wir halten es für keine gutes Zeichen, dass die US-Politik heute wieder auf ein Konzept zurückgreift, das erstmals in der Zeit vor dem ersten Weltkrieg ein Instrument der europäischen Politik gewesen war. Es scheint uns wie ein Hinweis darauf, dass sich Europa nicht aus seiner Vergangenheit lösen kann. Wenn wir zurückfallen würden in die europäische Politik der Kriege, die den Kontinent viele Jahrhunderte lang geprägt hat, dann wäre das allerdings fatal.

³⁵ Im pazifischen Raum verfolgen die USA ihrer Asean-Politik, die seit der ersten Regierungszeit von Clinton aktiv und geschickt betrieben wird, das Ziel der wirtschaftlichen und militärischen Einbindung möglichst vieler asiatischer Länder, um sie in einen Vasallenstatus zu bringen, wie es den USA mit den europäischen Staaten erfolgreich gelungen ist.

Darüber können auch die in der EU sehr beliebten Konzepte von „multi-level-Governance“ nicht hinweghelfen.³⁶

Ziel dieses Essay ist es also, die tiefgreifende Transformation aufzeigen, die sich in Europa seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges vollzogen hat. Erst aus einem Verständnis der tieferen Zusammenhänge heraus wird es uns möglich sein, Orientierung zu finden, um die Herausforderungen der Zukunft so aufzugreifen, dass uns aus ihrer Bewältigung neue Kräfte und Chancen für die friedvolle und nachhaltige Gestaltung unserer persönlichen Lebenszusammenhänge und unserer Gesellschaften erwachsen.

³⁶ Es gibt zur „multi-level-Governance“ eine ausführliche Literatur, Diskussionen und beinahe möchte man sagen eine „europäische Bewegung“. Wir wollen hier nur anmerken, dass dieses prominente Konzept aus unserer Sicht den Ansprüchen einer „direkten Demokratie“ diametral entgegengesetzt ist. Das Konzept der „multi-level-Governance“ ist also letztlich undemokratisch und anti-föderalistisch.

Die Strukturen eines ESM entsprechen genau diesem Konzept. Darin wird explizit in den Statuten gesagt, dass eine Verantwortung der Handelnden Personen in jedem Falle auszuschließen ist.

Nach unserem Verständnis gehören aber Demokratie und Verantwortung untrennbar zusammen.